

Antragsbereich B / Antrag 9

Antragsteller: Bezirk Mittelfranken

Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion

B9: Befristung der Arbeitsverträge für Lehrkräfte bis Ende Juli unterbinden

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einsetzen, dass die Arbeitsverträge der angestellten Lehrkräfte mindestens bis zum Ende der Sommerferien Gültigkeit besitzen müssen.

Erledigt durch
Wahlpro-
gramm

5 Begründung

Aufgrund der angespannten Einstellungssituation vor allem im Gymnasialbereich erhalten immer mehr junge Lehrkräfte lediglich befristete Arbeitsverträge nach Beendigung ihres Referendariats zum Februar beziehungsweise September. Vor allem für die Lehrer*innen, welche im Februar aus dem Staatsdienst ausscheiden, wird diese sowohl finanziell als auch psychisch schwierige Situation vom Freistaat Bayern durch die Befristung der Arbeitsverträge bis Ende Juli weiter zugespitzt. Ungeachtet der Tatsache, dass auch in Bayern in allen Schulformen außer dem Gymnasialbereich ein hoher Bedarf an zusätzlichen, angestellten Lehrkräften herrscht und die Lehrkräfte ab dem neuen Schuljahr mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wieder eine Anstellung beim

Freistaat erhalten werden, werden die Verträge der jungen Lehrkräfte bis Juli befristet. Diese Befristung hat eine enorme psychische wie finanzielle Belastung der jungen Lehrkräfte zur Folge.

Eine Beendigung dieser gängigen Praxis ist notwendig, denn junge Menschen benötigen ein Mindestmaß an beruflicher bzw. finanzieller Sicherheit um ihre Zukunft planen und gestalten zu können.